

Grüne kritisieren lukrative Vortrags-Tätigkeit Steinbrücks

(AFP) – Vor 18 Minuten

Düsseldorf — Die Grünen haben Ex-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) wegen seiner finanziell einträglichen Vortrags-Tätigkeit kritisiert. Es sei unanständig, dass "Steinbrück seit der Bundestagswahl für Vorträge tausende Euro kassiert hat", sagte der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele zu Handelsblatt Online. Es sei ein "Missbrauch des Mandats, wenn sich Leute wählen lassen und dann hauptsächlich hochbezahlten anderen Tätigkeiten nachgehen".

Natürlich sei es auch Aufgabe der Parlamentarier, Vorträge zu halten, sagte Ströbele. Es müsse aber jedem Verein möglich sein, den SPD-Bundestagsabgeordneten Steinbrück als Redner zu bekommen, ohne dafür gleich tief in die Tasche greifen zu müssen. Im neuen Bundestag habe sich Steinbrück nach Angaben des Portals abgeordnetenwatch.de bislang kaum aktiv betätigt, hieß es in dem Bericht. So fehlte er bei zahlreichen namentlichen Abstimmungen.

Stattdessen ging der frühere Minister einer regen Tätigkeit außerhalb des Bundestages nach. Den Angaben zufolge, die Steinbrück gegenüber dem Bundestag machte, hielt er mehrfach Vorträge, für die er jeweils mindestens 7000 Euro erhielt. Er gab dafür Einkünfte der Stufe 3 an - der höchsten, die beim Bundestagspräsidenten anzugeben ist.

Die Vortragshonorare erhielt Steinbrück laut Parlamentsangaben unter anderem von der von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann geleiteten Alfred-Herrhausen-Gesellschaft, dem Hasso-Plattner-Institut, von der französischen Großbank BNP Paribas, der Alliance Möbel Marketing, der Münchner Kommunikationsagentur Serviceplan und der in Bielefeld sitzenden Handelskooperation EK Servicegroup. Hinzu kommen die Einnahmen aus seiner Tätigkeit im Aufsichtsrat von ThyssenKrupp.

Ströbele erklärte, Steinbrück sei mit seinen "lukrativen Nebentätigkeiten" kein Einzelfall. "Es gibt immer wieder Fälle von Abgeordneten, die mit ihrem mandatswidrigen Verhalten Kopfschütteln auslösen", sagte er. Dabei habe das Bundesverfassungsgericht klar geregelt, dass der wesentliche Teil der Abgeordnetentätigkeit dem Mandat gewidmet werden müsse.

Copyright © 2010 AFP. Alle Rechte vorbehalten. Mehr »